

US-Botschafter Grenell: „Akzeptiert es endlich, Deutschland ist unser Protektorat!“

| by [BEX](#) | [21](#)



Offiziell ist Richard Grenell US-Botschafter in Deutschland, doch in Wirklichkeit übt er weiterhin Besatzerrechte aus. Die Deutschen müssten es akzeptieren, dass Washington das letzte Wort hat.

BERLIN (fna) – Richard Grenell, seines Zeichens US-Botschafter in Deutschland, hat sich wieder einmal den Zorn diverser deutscher Politiker – allen voran Wolfgang Kubicki (FDP) – zugezogen, weil er weiterhin Einfluss auf die deutsche Politik nehmen will. „Dies ist absolut nicht nachvollziehbar“, so der Amerikaner zur Nachrichtenagentur fna.

„Die Deutschen scheinen vergessen zu haben, dass wir sie vom Nazi-Regime befreiten und wir weiterhin hier sind, um einen Rückfall in solch düstere Zeiten zu verhindern“, erklärte er. „Trotz der 2+4-Verträge haben wir Amerikaner in Deutschland nach wie vor umfangreiche Befugnisse, das sollte auch ein Herr Kubicki wissen.“

Grenell wies darauf hin, dass Washington bislang stets „mit Freundlichkeit“ versucht habe, die deutschen Politiker „an ihre Verpflichtungen gegenüber Washington zu erinnern.“ Er selbst bevorzuge „eher den direkten Weg, ohne Umschweife.“ Unter Präsident Trump gebe es „keine Weicheier-Politik“ mehr, entweder werde den Anforderungen Folge geleistet, oder man werde „die

Feindstaatenklausel der Vereinten Nationen etwas genauer unter die Lupe nehmen und vielleicht 200.000 zusätzliche Soldaten in Deutschland stationieren.“ Die Kosten dafür müsste allerdings Berlin übernehmen.

„Das hier ist kein Wunschkonzert“, betonte er. „Wenn wir sagen, ihr kauft kein russisches Gas sondern amerikanisches Gas, dann wird das so gemacht. Und wenn wir sagen, ihr Deutschen erhöht das Rüstungsbudget auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung, dann sind das keine 1,23 Prozent.“ Die Deutschen sollten sich „nicht länger der Illusion hingeben, souverän zu sein. Akzeptiert es endlich: Deutschland ist immer noch ein US-Protectorat!“

Für Delinquenten wie Wolfgang Kubicki habe man „noch Platz in Guantanamo, genauso für weitere Kritiker der Supermacht USA, die der ganzen Welt Freiheit, Frieden und Demokratie bringt.“ Vor allem müsse der FDP-Politiker „künftig darauf verzichten, ins gelobte Land USA einreisen zu können.“ Sein Reisepass sei bereits auf der Schwarzen Liste der US-Immigrationsbehörden eingetragen.